

Ein Lehrbauprogramm städtebaulicher Planung

Autor(en): **Jaspert, Fritz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bauen, Wohnen, Leben**

Band (Jahr): - **(1963)**

Heft 51

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-651003>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Fleischfaches. Sie wird diesbezüglich das Neueste präsentieren. Dazu gehören die schweren Maschinen, aber auch alles, was zum Detailhandel nötig ist; die Waagen und Kassen, und nicht zuletzt der neuzeitliche Metzgerei-Ladenbau.

Zweitens: Das, was die Fachwelt interessiert, wird an der 2. MEFA so gezeigt, daß auch die Konsumenten auf ihre Rechnung kommen. Man gewährt der Gesamtbevölkerung einen tiefen Einblick ins Berufsleben des Metzgers. Der Laie erfährt durch die Ausstellung, was es alles braucht, um die Höchstwerte

des Fleisches auszuwerten zu können. Es wird ihm Einblick in die mannigfaltige Welt der Wurstsorten (auch die Salami-Taktik, natürlich nicht die politische, wird vorgeführt), der vielen regionalen Spezialitäten, aber auch der «Haus-Spezialitäten» berühmter Meister, ebenso in die Welt des Zubehörs usw., großzügig gewährt. Wen lockt es da nicht, in der Zeit vom 23. März bis 2. April 1963, ins Hallenstadion nach Oerlikon zu kommen, wo, im Zeichen der MEFA 1963, höchst Appetitliches und Nahrhaftes täglich frisch ausgestellt wird?!

Mietwohnungen, Eigenheime und andere Formen von Wohnungseigentum umfassen, so daß eine städtebauliche Einheit von einer gewissen Größenordnung entsteht, die es ermöglicht, auch städtebauliche Fragen in die Untersuchung mit einzubeziehen. Die Baudurchführung soll sich auf etwa drei Jahre erstrecken und in sechs Teilabschnitten kontinuierlich im Sommer und Winter durchgeführt werden.

Als **Haustypen** sind Einfamilienhäuser und Geschosswohnungen, Reihen- und Einzelhäuser, ein- und mehrgeschossige Häuser vorzusehen, die in einem günstigen Verhältnis zueinander und unter Anwendung neuzeitlich städtebaulicher Erkenntnisse zu einer Siedlung zusammengefaßt und gruppiert werden sollen. In besonders gelagerten Fällen können auch

Am Hirschsprung bei Sprendlingen entstand in den letzten Jahren eine Wohnstadt für etwa 5000 Einwohner. Der von F. W. Bossert entworfene Plan zeigt eine mittlere grüne Zone, an der einige neugeschossige Häuser stehen. Das Projekt ist als Entlastung für die stark verdichtete Stadt Frankfurt a. M. gedacht.

Die kleine Stadt Eschwege,

die einen beträchtlichen Wohnungsmangel hatte, baute außerhalb des Baugebietes auf der Höhe einen in sich geschlossenen neuen Vorort mit kleinem Mittelpunkt und guter Verkehrsverbindung zur Stadt.

Ein neues Bauvorhaben des D-Programms ist **Köln-Nord**. Hier waren seinerzeit durch weise Voraussicht des Oberbürgermeisters große Gebiete eingemeindet worden, die jetzt für den Bau einer Stadterweiterung für etwa 80 000 Einwohner bereit standen. An einer großen Ausfallstraße nach Norden reihen sich einige in sich geschlossene Wohnbereiche auf, die jeweils eigene kleine Zentren, Kirche, Schule, Grünplatz, Läden usw. aufweisen. Die Arbeitsstätten — große Industrien — liegen durch Grünzonen von den Wohnungen getrennt nicht weit entfernt am Rhein.

Eine neue Stadt ist bei **Wulfen** im nördlichen Ruhrgebiet im Werden. Hier sollen gemeinsam mit der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen Wohnungen, neue Fabriken und andere Arbeitsstätten, Zentrum und alle notwendigen Einrichtungen, die eine Stadtneugründung erfordert, erbaut werden.

Neue städtebaulich interessante große Wohngebiete sind u. a. in **Reutlingen, Mosbach, Neuweid, Zweibrücken, Braunschweig, Kulmbach, Amberg, Osnabrück, Wilhelmshaven, Lübeck, Trier, Hildesheim** im Bau. Insgesamt wurden bis heute in den Demonstrativbauten mehr als 80 000 Wohnungen erbaut und über 40 große Projekte neuer städtischer Wohngebiete in den Kreis der Betrachtungen einbezogen, von denen einige bereits fertig sind, andere sich im Bau befinden, ein Teil zurzeit begonnen wird.

Vielfältige Möglichkeiten

Beginnen wir bei der Aufzählung der gewonnenen Erkenntnisse mit der großen Problemstellung, nämlich mit der Frage, ob neue Städte, ob Stadterweiterungen, oder ob Einzelobjekte, neue Wohngebiete am Stadtrand, am zweckmäßigsten sind, so lautet die Antwort: Jede dieser Möglichkeiten kann, je nach Lage oder Vorbedingungen, zweckmäßig sein. Die D-Bauten zeigen uns neue Städte, wie **Sennestadt**, oder neue Wohnstädte ohne Arbeitsstätten, wie **Am Hirschsprung-Sprendlingen**, oder Stadterweiterungen, wie **Hamburg-Lurup**, oder neue Wohnkomplexe außerhalb des Weichbilds der Städte, aber noch in deren Mauern, wie **Nürnberg-Langwasser, Köln-Nord oder Karlsruhe-Waldstadt**.

Besondere örtliche Voraussetzungen waren bei **Rheinhausen** gegeben, wo mehrere einzelne Baugebiete, besetzt mit Wohnungen und Industrien, durch das im Mittelpunkt gelegene neue Projekt mit 5000 Wohnungen, Geschäfts-, Schul- und kirchlichem Zentrum zu einer neuen Großstadt zusammengeschlossen wurden.

Bei **Marl** handelt es sich um ein in wenigen Jahrzehnten aus einem Dorf gewachsenes Großstadtgebiet, das sich erst jetzt zu einer Wohnlichen Gestalt mit Stadatmosphäre entwickelt.

In **Hannover-Hemmingen** sehen wir den Teil einer Raumordnung des Großraums Hannover. Im Süden der Stadt, noch außerhalb ihrer Grenzen gelegen, wuchs das neue Wohngebiet neben einer alten, dörflichen Ansiedlung zu einer zwar verhältnismäßig kleinen, aber so wohl auf die Belange Hannovers wie des Kreises zweckmäßig abgestimmten Wohnlage.

Als wesentliche Erfahrung für die Entwicklung neuer städtischer Gebiete kann die Forderung gestellt werden, daß stets die ganze Stadtregion — Mutterstadt, Tochterstadt,

Umland, neues Wohngebiet — in die Überlegungen einbezogen werden müssen.

Neue Wohnbereiche

Eine weitere Erkenntnis brachte die Erfahrungen an den D-Bauten hinsichtlich der Anordnung neuer Wohnungen. Stets sollte versucht werden, sie als für sich abgeschlossene Bereiche mit allen Gemeinschafts- und Folge-Einrichtungen zu erstellen. Das wilde Wachstum entlang der Ausfallstraßen oder in der Form von Jahresringen um die bestehende Bebauungsgrenze oder als ungeordnete Streusiedlung im Umkreis der Städte sollte nach Möglichkeit durch solch geschlossene Anlagen mit eigenem kleinem Zentrum ersetzt werden. Diese Entwicklung ist seit langem ein städtebaulicher Wunsch der Verantwortlichen. Der Vorteil liegt neben der systematischen Erschließung eines größeren Komplexes und damit einer wirtschaftlicheren Durchführung der Bauarbeiten, des Straßenbaus, der Be- und Entwässerung und anderer Versorgungsaufgaben insbesondere darin, daß die Bewohner der neuen Gebiete auch möglichst bald in den Genuß von notwendigen Einrichtungen, wie Läden, Kindergärten, Schulen usw., kommen. Auch die Gefahr, daß das neue Gebiet zu einem Mischgebiet von Wohnungen, Fabriken, Materiallagerplätzen oder anderen Anlagen wird, kann von vornherein auf diese Weise verhindert werden.

Einige der durchgeführten Städtebauprojekte können hier als beispielgebend bezeichnet werden.

Nürnberg-Zollhaus

hat einen Mittelpunkt, der aus einem kleinen Kultur- und Ladenzentrum besteht, das sich um einen Grünanger gruppiert. Eine harmonische Anlage ist auch **Hemmingen-Westerfeld**, bei dem die meisten Bauten des Mittelpunkts, bestehend aus Läden, einer Kirche, einer Sparkasse, dem Rathaus, der Post, einem Versammlungsraum und Kino, gleichzeitig mit den Wohnungen fertiggestellt wird.

Der Platz ist nur für Fußgänger bestimmt, auf dem die Einwohner von Verkehrslärm und -gefahren geschützt ihren Geschäften nachgehen können.

Auch die Bildung dieser Zentren gehört zu den weiteren Aufgaben der D-Bauten.

Zahlreiche Einzelfragen

Die Lösung von Verkehrsfragen konnte in mancherlei Form beobachtet und demonstriert werden. Verschiedene Arten der Erschließung der äußeren, inneren und verästelten, sind bei den Bauvorhaben angewandt und in ihrem Ablauf und auf ihre Zweckmäßigkeit hin untersucht worden. Ein möglichst

Kreuzungsarmes System

ist dem Netz sich rechtwinklig kreuzender Straßen vorzuziehen. Das Beispiel **Sennestadt**, das noch im Anfang stehende Vorhaben **Limmes bei Schwalbach im Taunus**, oder die Straßenführung im ersten Teilabschnitt von **Köln-Nord**, können als richtungweisend genannt werden.

Nicht nur die Straßen, auch die

Versorgungsleitungen

sind in das Versuchsprogramm aufgenommen worden. Es hat sich gezeigt, daß die Versorgungsstränge von Abwasser, Wasser, Elektrizität und Telefon am besten neben dem Straßenplanum unter einem Grünstreifen verlaufen. Auf diese Weise kann ein wiederholtes Aufreißen der Straßendecke vermieden werden.

Genügend Spielplätze

Eine selbstverständliche Forderung bei der Ausbildung der demonstrativen Städtebauelemente bezog sich auf die Schaffung von genügend Spielplätzen. Sowohl dem Kleinkind als auch dem Schulkind, dem Jugendlichen und letztlich auch den Erwachsenen muß Gelegenheit gegeben werden, sich kör-

Fortsetzung auf Seite 4

Bremens dritter Satellit

-UCP- Bremen hat sich im Gegensatz zu anderen Großstädten nicht damit begnügt, für seine sprunghaft angewachsene Einwohnerzahl neue Blocks und Wohnviertel schalenartig um die älteren Stadtbezirke zu legen, sondern es hat eine großzügige Planung eingeleitet und neue Satellitenstädte mit eigenem Einkaufs- und Kulturzentren aufgebaut. Die beiden neuen, aus dem freien Acker- und Wiesenboden gestampften Satelliten, die **Vahr** und die **Neue Vahr**, entsprechen an Größe und Anlage moderner Mittelstädte mit einigen zehntausend Einwohnern, und als moderne, in weite Grünflächen gebettete «Wohn- und Schlafstädte» gehören sie heute zum **Besichtigungsprogramm aller Prominenten**, die die Hansestadt an der Weser besuchen.

Aber zwei **Mittelstädte** allein haben nicht genügt, den Wohnraumbedarf Bremens zu decken. Darum wird jetzt im Süden der Stadt, am Rande des alten Dorfes und heutigen Großstadt-Ortsamtes **Huchting**, eine dritte Satellitenstadt errichtet, die für über 40 000 Menschen Platz bieten soll. Dabei werden in mancher Hinsicht andere Wege beschritten als bei den großen Vorgängen im Nordosten der Stadt. Diesmal wird nicht nur eine Wohn- und Schlafstadt gegründet, sondern eine Art

moderne Mittelstadt im Grünen,

die über eigene, planvoll in die Wohnblöcke in einer besonderen Zone hineingreifende Gewerbeviertel verfügt. So soll erreicht werden, daß ein erheblicher Teil der Bewohner nicht jeden Morgen und Abend ins Innere der Stadt hinein- und wieder zurückfluten muß, sondern seine Arbeitsstätten in bequem erreichbarer Nähe hat.

Allerdings sollen und können diese **Gewerbebezirke** nicht so groß werden, daß sie dem größten Teil der Satellitenbewohner Arbeit und Brot geben. Denn die alte **Seefahrer-**

stadt, in der die später entstandenen und die immer noch hinzukommenden Industriebetriebe sich in der Nähe der Weser und ihrer alten und neuen Häfen konzentrieren, braucht ja Raum für die Menschen, die in den Häfen und Betrieben arbeiten und im Stadtkern unmöglich Platz finden können.

So wächst jetzt zwischen Bremen und Delmenhorst — der niedersächsischen Stadt, deren Wirtschaft ohnehin schon seit Jahrzehnten zum großen Teil ein Ableger von Bremen ist — eine Satellitenstadt empor, die zugleich drei Aufgaben hat: ein gewisses **Eigenleben** zu entfalten, Wohnstätte zu sein für Zehntausende, die in Bremen arbeiten, und drittens auch noch die **Nachstelle** zu bilden zur Nachbarstadt jenseits der Landesgrenzen. Hier müssen also Lösungen gefunden werden, die über Bremen hinaus viele Großstädte interessieren werden, vor allem in den großen Ballungszentren an Rhein und Ruhr, wo manche Probleme ähnlich liegen wie im kleinräumigen Gebiet der Hansestadt, in dem man auch Platz mit Gold aufwiegen muß.

Mit Überführungen und Unterführungen,

Hochstraßen und neuen Straßenbahnlinien auf eigenem Bahnkörper, die zu den geplanten Unterflasterstecken — der Innenstadt führen, will man in Huchting das Verkehrsproblem der hin- und herflutenden Zehntausenden lösen; Zubringer-Autobahnen stellen Verbindung her zu den neuen Häfen am linken Weserufer und zur Autobahn ins Ruhrgebiet; neue **Bade- und Wiesen** entstehen dort, wo vor kurzem noch saure Wiesen lagen; und kleine Parks gliedern sich in das Grün der Rasenflächen und Gebüschstreifen rings um die Wohnblöcke und die neuen Gewerbeviertel. Bremens dritte Satellitenstadt wird für die Fremden noch interessanter als die beiden anderen.

Hochhäuser eingeplant

werden. Diese Siedlung kann selbständiger Trabant einer bereits bestehenden Ortschaft oder Teilabschnitt eines in Planung befindlichen oder bereits in der Durchführung begriffenen Ortsteils sein. Bei der Wahl des Standorts ist auf eine günstige Wirtschafts- und Verkehrsfrage zu achten. Erweiterungsmöglichkeiten im Falle einer künftigen Entwicklung sollen berücksichtigt werden. Grundsätzlich müssen also bei Vorbereitung, Planung und Ausführung die heute vorliegenden Erfahrungen aus Bauforschung, Normung und Praxis zur Anwendung kommen. Vom Bundesministerium für Wohnungsbau werden Forschungsinstitute beauftragt, bei der Planung und Durchführung mitzuwirken, die Träger, Architekten und Auftragnehmer in planerischer, bautechnischer und bauwirtschaftlicher Hinsicht zu beraten und die Durchführung der festgelegten Maßnahmen zu überwachen und auszuwerten.

Alle Forschungsergebnisse,

seien sie städtebaulicher, wohnungstechnischer und wirtschaftlicher Art, die an den jeweiligen Halbjahres- oder auch Jahresabschnitten gewonnen werden, sollen in den sich anschließenden Halbjahres- oder auch Jahresabschnitten unmittelbar nutzbar gemacht, Fehlerquellen sollen abgestellt oder vermindert werden. Auf diese Weise läuft in jedem Lande sozusagen ein **Lehrfilm im Maßstab 1:1** ab. Dazu haben die Forschungsinstitute nicht nur einen Rationalisierungsfachmann als ständigen Vertreter für jede Baustelle abgeordnet, es werden nicht nur laufend Teilveröffentlichungen von Einzelergebnissen herausgebracht, sondern hier finden vor allem an Ort und Stelle Kurzlehrgänge statt. Besichtigungen für Fachschulen, für Vertreter aus Fachkreisen und Behörden sowie auch für Bauherren werden durchgeführt, wobei den Besuchern auf der Baustelle erläutert wird, was als falsch erkannt ist, und demonstriert wird, auf welche Weise eine Verbesserung des Bauablaufs und damit eine Senkung der Baukosten erzielt werden kann. Auch die Vorführung von Filmen, Diapositiven, Radioreportagen und Vorträgen, die Ausleihung von Presseführungen tragen zur Vertiefung und Verbreitung der aus diesen Demonstrativbauten gewonnenen Lehren bei.

Markante Objekte

Seit etwa fünf Jahren ist nun eine ganze Reihe markanter Objekte als Demonstrativbauvorhaben in die Planung und Beobachtungen einbezogen worden. Hierbei konnten wertvolle Erkenntnisse aus der Praxis gewonnen werden. Einige Beispiele mögen die Art der Projekte erläutern:

In einem großen Waldgelände, einige Kilometer nördlich von **Karlsruhe**, liegt die neue **Waldstadt**, die einmal für etwa 20 000 Menschen Wohnungen bereitstellen wird. Ein Wettbewerb, bei dem Professor **Karl Selg** den ersten Preis bekam, führte zu einem klar aufgebauten, in einzelne Teilabschnitte gegliederten Bebauungsplan.

Ein Lehrbauprogramm städtebaulicher Planung

-UCP- Das sogenannte Demonstrativbauprogramm der Bonner westdeutschen Bundesregierung hat die Aufgabe, besonders interessante und zukunftsweisende städtebauliche Baukomplexe zu fördern. Gemeinsam mit den Regierungen der Länder werden solche Neuanlagen mit zusätzlichen finanziellen Mitteln und durch aktive Mitarbeit unterstützt.

Vor zehn Jahren gab der Bundestag mit dem Erlass des Ersten Wohnbaugesetzes seinen Willen kund, im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus auch die **wissenschaftliche Bauforschung** zu fördern und sie zur Sammlung von Erkenntnissen und Erfahrungen einzuschalten, mit dem Ziel, den Bauvorgang zu rationalisieren und damit zur Senkung der Baukosten und zur Steigerung der Produktivität im Wohnungsbau beizutragen. Im Rahmen dieser Aufgabe sind die Versuchs- und Vergleichsbauten des Bundesministeriums für Wohnungsbau als notwendige Ergänzung der wissenschaftlichen Forschung zu betrachten. Die der Höhe nach beschränkten Mittel werden einerseits den für

die Standorte der Bauvorhaben zuständigen Ländern in Form zweckgebundener Bundesdarlehen, andererseits den beauftragten Forschungsinstituten zur Verfügung gestellt.

Ging es in den ersten Jahren vor allem um die Rationalisierung der Baustoffe, der Baukonstruktionen und der technischen Entwicklung, später um Typenbildung, Wohnrecht, Wohnungswirtschaft und die sanitäre und bautechnische Ausstattung, wurden allmählich

Städtebau und Raumordnung

als entscheidende Fragen in den Kreis der Aufgaben einbezogen. Die Versuchs- und Vergleichsbauten entwickelten sich zu sogenannten Demonstrativbauten, zu großen, zusammenhängenden Wohngebieten, an denen alle Probleme der städtebaulichen Gestaltung durchgeführt, beobachtet, untersucht und gezeigt werden sollten.

Die Richtlinien

In den Richtlinien dazu heißt es: «Die Demonstrativbauten sollen

Fortsetzung von Seite 2

perlich zu tummeln. Entsprechende Anlagen aller Art gehören deshalb zum selbstverständlichen Inventar der neuen Wohngebiete. Das Bundeswohnungsministerium schrieb unter diesem Aspekt einen öffentlichen Wettbewerb aus, der großen Widerhall fand und neue Ideen brachte.

Das Zweite Wohnungsbaugesetz fordert die weitgehende Bevorzugung von Familien- und Eigenheimen als Wohnform. Es sollte erreicht werden, daß Familien mit Kindern möglichst zu einem Eigenheim mit Garten kommen können. Die D-Bauten sind dementsprechend in allen ihren Beispielen zu einem

großen Teil in Eigentumsform erbaut.

Eine Menge Detailfragen der Gestaltung ergaben sich mit neuen Erkenntnissen aus dem Programm. Man könnte es, alles in allem, als ein städtebauliches Laboratorium bezeichnen, das ein gelungenes Experiment lieferte und auch im Ausland Nachahmer und Befürworter fand. Neue Aufgaben treten jetzt in Erweiterung des bisher gegebenen Rahmens hinzu: Sanierung und Erneuerung von überalterten Stadt- und Dorfgebieten sowie «raumordnerische» Maßnahmen die über die bisherigen Städtebaugrenzen hinausgehen. Fritz Jaspert

wirtschaft, können daher die Mitarbeit dieser Fachleute immer weniger entbehren.

Die Zahl jener, die über das nötige Wissen verfügen, um die schwierigen Fragen der Siedlungsplanung zu koordinieren, ist aber in der Schweiz sehr gering. In unserem Lande herrscht daher heute ein derart empfindlicher Mangel an Planern, wie er uns trotz den allgemeinen Mangelercheinungen auch in anderen gehobenen Berufen nirgends bekannt ist.

Sicher ist, daß der Bedarf an Planern in den nächsten Jahren weiter steigen wird. Leider wird sehr wenig getan, um die Nachfrage für die Zukunft zu decken. Noch gibt es keine Hochschule und kein Technikum, an dem junge Leute ihr Studium als Planungsingenieur oder als Planungstechniker abschließen können. An der Eidgenössischen Technischen Hochschule besteht, wenn wir vom Geographiestudium absehen, nur die Möglichkeit, nach dem Abschluß eines anderen Studiums weitere Vorlesungen und Seminare in Landesplanung zu absolvieren.

In einer Zeit, in der Architekten, Bau- und Kulturingenieure, Agronomen und Förster auf ihren Fach-

gebieten sogleich eine lohnende Beschäftigung finden, ist der Anreiz für ein solches zusätzliches Studium aus verständlichen Gründen nicht groß. Es ist daher dringend nötig,

für eine erfolgreiche Planerausbildung neue Wege zu suchen. Dafür müssen selbstverständlich die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. VLP

Das fehlende Leitbild

VLP. In Kürze veröffentlicht der Polygraphische Verlag in Zürich die Dissertation von Dr. Anton Bellwald, Saas-Fee, über raumpolitische Gesichtspunkte der industriellen Standortwahl in der Schweiz. Der Verfasser klärt in seiner wertvollen Arbeit vor allem die Möglichkeiten einer Industrialisierung der Oberwalliser Bergdörfer. Um diese aufzuzeigen, setzt er sich mit der Industrialisierung in der gesamten Schweiz eingehend auseinander. Er schreibt in seiner Einleitung, daß in unserem Lande die räumlichen Tendenzen des Wachstums der Städte schon heute die größte Aufmerksamkeit verdienen.

«Die Entwicklung verläuft immer schneller, da der wirtschaftliche, industrielle und demographische Agglomerationsprozeß, einmal ausgelöst, aus sich selbst heraus Kräfte der Beschleunigung und Verstärkung bildet.»

«Im gegenwärtigen wirtschaftlichen Wachstum, dessen Intensität eine vorübergehende oder anhaltende Erscheinung sein kann, vermehren und verstärken sich die Interessenkollisionen zwischen aktiven und passiven Räumen, zwischen Industrie- und Agrargebieten, zwischen Stadt und Land. Es sind in mehrfacher Hinsicht, Gefälle zwischen einzelnen Gebieten entstanden. Die ganze Entwicklung fordert nicht nur sozial, sondern auch ökonomisch einen immer höheren Preis, bedroht insbesondere unsere persönliche Freiheit und ist auch von eminenter staatspolitischer Bedeutung.»

Es erstaunt daher nicht, daß Dr. Bellwald kritische Schlußfolgerungen zieht. Er ist überzeugt, daß alle Gemeinden Industrie wollen.

«Schließlich entschließt sich die Unternehmung bei einer neuen Standortwahl für den Standort, an dem ihr am meisten geboten wird. Diejenige Region erhält die Industrie, in der die wirtschaftliche Macht und die finanziellen Mittel der Gemeinden, eventuell der Kantone, die größte Durchschlagskraft für eingesetzte Mittel dieser Politik haben. Wenn dadurch eine Entwicklung zustande kommt, die in keiner Weise einer Raumordnung entspricht, so wird auch kein Versuch unternommen, sie auf nationaler Ebene zu erreichen. Vielmehr entspricht es der Wirklichkeit, daß die einzelnen Maßnahmen verstreut sind, überhaupt keiner Koordination unterstehen und ... dem Ziel einer schweizerischen Industriestandortpolitik entgegenwirken ... Es wird also eine Industriestandortpolitik betrieben, aber keine solche, die sich an die übergeordneten Postulate hält, sondern in vielen Fällen gerade entgegengesetzt wirkt.»

Wir dürfen nicht übersehen, daß heute und in aller Zukunft dem Unternehmer freigestellt bleiben muß, wo er seinen Betrieb errichtet. Gleichwohl ist nicht zu verkennen, daß sich zahlreiche Unternehmer freiwillig nach einem gesamtschweizerischen Leitbild richten, wenn dessen Verwirklichung durch die zuständigen Behörden in Bund, Kantonen und Gemeinden unterstützt würde. Ein gesamtschweizerisches Leitbild einer Raumordnung fehlt aber. Dr. Bellwald fordert daher die Errichtung einer gesamtverantwortlichen Instanz, deren dringendste Aufgabe die Ausarbeitung einer raumordnerischen Gesamtkonzeption wäre. «Neben einer Planung von unten ist auch eine Planung von oben notwendig.»

Große Lücke für Fachleute

Der Ruf, die weitere Besiedelung unseres Landes vernünftig zu planen, wird immer stärker erhoben. Selbst Kreise, die vor wenigen Jahren noch die Landes-, Regional- und Ortsplanung abgelehnt haben, anerkennen heute deren Notwendigkeit. Wie eine konkrete Planung auszusehen hat, entscheiden die nach Verfassung und Gesetz zu-

ständigen Instanzen. An diesem Grundsatz soll unter keinen Umständen gerüttelt werden. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß die Siedlungsplanung wesentliche technische, volkswirtschaftliche und rechtliche Spezialkenntnisse erfordert, über die nur Fachleute verfügen. Die Gemeinden, die Kantone und der Bund, aber auch die Privat-

neu

jetzt mit

Silva-Scheck

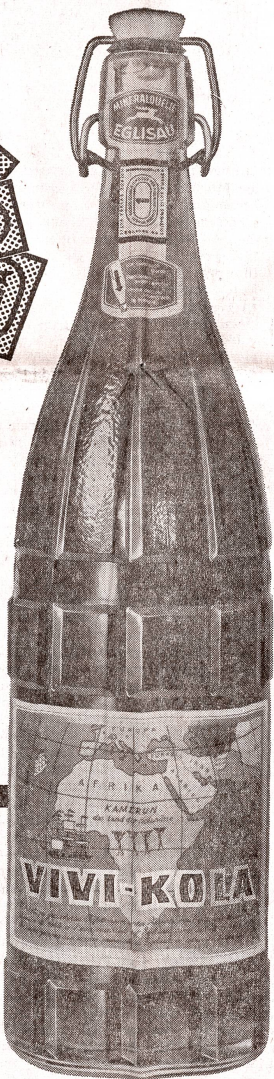
VIVI KOLA

Eine gute Nachricht für die Silva-Freunde: jetzt gibt es auch Vivi-Kola mit Silva-Schecks! Köstliches, erfrischendes Vivi in der preisgünstigen und so ausgiebigen Literflasche. Mit quellfrischem Eglisauer Mineralwasser abgefüllt. Immer prima, immer richtig zum Essen am Familientisch, zur Arbeitspause oder abends vor dem Bildschirm.

Warum nicht gleich bei Ihrem Lebensmittelhändler oder Mineralwasser-Depositar einen ganzen Harass bestellen? Mit 20 Silva-Punkten!



Mineralquelle Eglisau AG, Eglisau.



Der Fleischverbrauch-Rekord

Der gesamte Fleischverbrauch in der Schweiz im Jahre 1962 erreichte einen neuen Rekord von 352 684 067 kg oder 62,4 (1961: 58,8) kg pro Kopf der Bevölkerung. Am niedrigsten war der Fleischkonsum im Jahre 1945 mit 30,7 kg pro Kopf.

Gegenüber dem Vorjahr ist der Anteil der Schlachttiere von rund 85,3 auf 84,7 Prozent gesunken sowie derjenige von Geflügel, Wildbret, Kaninchen und Fischen von 14,7 auf 15,3 Prozent gestiegen. Bei den Schlachttieren partizipieren die Schweine mit 37,2 (42,2) Prozent, die Kühe und Stiere mit 17,3 (16,3) Prozent, der Import von Fleisch und Fleischwaren mit 11,3 (7,4) Prozent, die Kälber mit 9,6 (10) Prozent, die Rinder und Ochsen mit 7 (6,8) Prozent. Der Anteil des Geflügels nahm von 7,3 auf 7,7 Prozent zu.

Nach Herkunft stammten 74,4 (79,3) Prozent des konsumierten Fleisches aus dem Inland: Schlachttiere 71,5 (76,3), Geflügel 1,65 (1,62), Wildbret und Kaninchen 0,67 (0,73), Fische 0,64 (0,64) Prozent. Importiert wurde ein Anteil von 25,5 (20,7) Prozent: Fleisch- und Fleischwaren von Schlachttieren 11,4 (7,6), Geflügel 6,08 (5,7), Konserven und andere Fleischwaren von Geflügel, Wildbret, Kaninchen, Fischen 3,5 (3,4) Prozent usw.

Nach Abzug der Hausschlachtungen sowie des von der Fleischschau

nicht erfaßten Fleisches von Geflügel, Wildbret, Kaninchen und Fischen belief sich der Fleischkonsum auf 309 395 140 (1961: 290 706 376) kg oder 54,7 (1961: 52,8, 1945: 23,2) kg pro Kopf der Bevölkerung. Das Fleisch stammte zu 73,3 (78,4) Prozent von inländischen und zu 1,99 (1,55) Prozent von ausländischen Schlachtieren, wozu noch 12,5 (8,4) Prozent Fleisch und Fleischwaren ausländischer Provenienz sowie 12,1 (11,6) Prozent Fleisch und Fleischwaren von Geflügel, Wildbret, Kaninchen und Fischen in- und ausländischer Herkunft kommen.

Im Jahre 1962 sind total 47 584 Tiere (davon 29 181 Schweine, 10 557 Stück Rindvieh, 5171 Pferde und Fohlen zum Schlachten, 2596 Pferde und Fohlen) in die Schweiz eingeführt worden. Der schweizerische Export umfaßte 11 559 Tiere (davon allein 11 284 Stück Rindvieh).

Fleisch und Fleischwaren sind 86 482 723 kg importiert sowie 4 156 903 kg exportiert worden. Bei der Einfuhr entfielen auf totes Geflügel 21 458 594 kg, Stier-, Ochsen-, Kuh- und Rindfleisch 20 440 386 kg, Schweinefleisch 13 203 201 kg, Fischkonserven und Fischwaren 12 330 703 kg. Den Hauptanteil der Ausfuhr bildeten 2 497 965 kg konserviertes und zubereitetes Fleisch, 502 886 kg Süßwasserfische, 286 049 kg Krustentiere und Weichtiere.

Restaurant
Bar
Galleria
Lugano

für Gourmets und solche, die es werden wollen. Ein Jungbrunnen der Tischfreuden. Klimaanlage, Parkplatz

Via G. Vegezzi 4 Telefon (091) 2 67 67



SPENGLER - SANITÄR - DACHDECKER
GENOSSENSCHAFT

Zeughausstraße 43 ZÜRICH Telefon 23 07 36

Gegründet 1907

Spenglerarbeiten / Sanitäre Anlagen / Dachdeckerarbeiten
Technisches Büro